

So wird das nix!

Ich war am Samstag bei dieser Kälte einer der 17.000 oder - je nach Lesart -, einer der 50.000, die gegen diese unsägliche Regierung protestiert hat, die nun seit eine Jahr mit großer Ambition und durchaus "erfolgreich" alles in Österreich kaputt macht, was "wir" in den letzten 60 Jahren mühsam aufgebaut und an Fortschritten erkämpft haben.

Und ich füge hinzu: WIR KÖNNEN STOLZ SEIN, dass das alles in 100% friedlichem Rahmen verlaufen ist und durch keinerlei Gewaltakte - weder durch Demo-Teilnehmer, noch durch die Polizei - in seiner Legitimität beeinträchtigt wurde!

Ich war nicht nur von persönlichen Freunden umgeben, sondern auch von tausenden anderen, die sich zurecht (!!!) große Sorgen machen um ihre Jobs, ihre Wohnungen, ihre Altersversorgung und vor allem um die spätere Lebenswelt ihrer Kinder und Enkel, ... in der ich - schon altersbedingt - nicht mehr leben werde ... in der ich aber ganz sicher auch gar nicht mehr leben möchte!

Am Sonntag war mein Facebook vor allem angefüllt mit Jammerei über den Spott eines chronischen Verbalkotzers in der Krone, über eine "Beschwerde" des verachteten Blut- und Boden-Volksgröhlens der Nation, über Fake-Meldungen eines ehemaligen Zahntechnikers, wen denn die gestrige Demo aller behindert hätte und ... über (ebenso berech-

tigte) enttäuschte Beschwerden hinsichtlich der medialen Nicht-Wahrnehmung unseres gestrigen Protests.

Alles verständlich ... alles berechtigt ... aber liebe Freunde, außer einer Kumulierung unseres Zorns ändert das an der Realität heute GAR NIX.

Da könnt Ihr jammern, zurückhassen, Euch empören, soviel Ihr wollt, ... DAMIT erreichen wir leider gar nichts! Den Basti und den Bumsti lässt das kalt ... und ich kann das auch gut verstehen, denn - so toll wir uns am Samstag auch gefühlt haben - DEN UNSÄGLICHEN B&B TUT DAS NICHT WEH! Schon gar nicht bringen wir die "Reform-Regierung" rund um Basti & Bumsti damit in existenzielle Bedrängnis.

Diese Erkenntnis ist natürlich unbequem und viele meiner Freunde mögen mir jetzt böse sein, dass ich ihnen in ihrer Hoffnung widerspreche (...und ich kann das auch gut verstehen und akzeptieren). Das ändert freilich nichts an den für jeden hier offensichtlichen Tatsachen. Basti und Bumsti sind nach dieser "Großdemo" auch heute noch ganz fest im Sattel - ja fühlen sich sogar bestätigt, weil eben 99 % aller Österreicher gestern NICHT gegen sie protestiert haben. Ich nehme an, das bestätigt sie eher noch, ihren Kurs konsequent fortzusetzen.

Wenn wir das ändern möchten, müssen wir uns GEMEINSAM ÜBERLEGEN, WIE WIR DAS ÄNDERN KÖNNTEN. Mit Jammern, Schimpfen, Zurückhassen und Empören in Facebook alleine wird das genausowenig gehen, wie mit Demos, bei denen 17- oder 50.000 Menschen mitmarschieren.

Vielleicht sollten wir uns ernst-

haft die Frage stellen, warum gestern tatsächlich 99 % aller Österreicher NICHT mitmarschieren sind und wie wir zumindest 10% - 12% dieser Menschen dazu bringen könnten, das nächste mal mit uns mit zu marschieren? (Denn dann wären wir immerhin knapp 800.000 bis eine Million auf der Straße und das könnte diese Regierung des Schreckens nicht mehr achselzuckend ignorieren!)

Bis wir dafür eine Lösung gefunden haben, wäre es sicher bereits ein großer Fortschritt, wenn wir ALLE MEDIEN, DIE DIESE REGIERUNG SCHAMLOS VOLL UNTERSTÜTZEN, ENDLICH EFFEKTIV BOYKOTTIEREN - also nicht nur nicht mehr kaufen, sondern auch nicht mehr lesen und vor allem, auf Facebook auch NICHT MEHR TEILEN. (Nachdem das ja alles auch kommerziell tätige Medien sind, würde sich ein Leserschwund von 5 -10% auch sehr nachhaltig negativ in ihrem Ergebnis auswirken und vielleicht zum Nachdenken bringen, ob es wirklich so klug ist, diese Regierung völlig unkritisch voll zu unterstützen?)

Wahrscheinlich gibt es hunderte andere Möglichkeiten, durch bewusste Verhaltensänderung kleine Nadelstiche zu setzen, die dieser Regierung weh tun - denn DARUM GEHT'S JA. So lange denen nichts weh tut, was wir tun, werden die keinen Grund sehen, über Änderungen ihres Kurses auch nur einen Gedanken zu investieren.

DIES IST ALSO EIN AUFRUF, NACHZUDENKEN UND ZU DISKUTIEREN, was wir tun können, um mit verschiedensten Aktivitäten endlich eine KRITISCHE MASSE zu erreichen, die der Regierung weh tun und die Opposition stärken kann. Sonst tanzen die uns/Euch noch in 20 Jahren auf der Nase herum und verarmen uns bis in die Sklaverei.

Christian Sadil

Versteh' einer Frankreich!

Die Gelbwesten entziehen sich den üblichen Kategorisierungen von Protest. Daß eine solche Bewegung aber in Frankreich stattfindet, ist kein Zufall

Daß Daniel Cohn-Bendit keine gelbe Weste anziehen möchte, weil er die Farbe aus politisch-historischen Gründen nicht mag, kann man verstehen. Allerdings ist seine Ablehnung dieser Bewegung gerade aus diesem Grund eigentlich ein Argument für diese Bewegung. Denn entstanden ist das Ganze ja aus einem Autofahrerprotest — die gelben Westen waren etwas, das jeder im Auto hat, also als Erkennungsmerkmal untereinander ideal. Auf die Idee einer Assoziation mit einem gelben Judenstern ist da keiner gekommen. Es ist eben nicht ein Aufstand der Intellektuellen oder der Studenten aus besseren Häusern. Dementsprechend diffus und chaotisch ist diese Bewegung. Auch die etablierten Gewerkschaften können nichts damit anfangen. Und das politische Parteiensystem in Frankreich zerbröselte immer mehr — gerade oppositionelle Parteien sehen in einer unkontrollierten Protestbewegung, die sie nicht verstehen und auch nicht umarmen können, eine Gefährdung. Die Versuche des Front National (der sich jetzt "Rassemblement National" nennt und sich in seinen Positionen auch nicht mehr so sicher ist wie früher) die Bewegung zu vereinnahmen, führte nur zu einer partiellen Desavouierung der Gelbwesten, hatte aber keinen positiven Effekt für den FN.

Die Deklassierten sehen in Frankreich keine politischen Stellvertreter mehr, an die sie sich wenden könnten — das macht

auch die Kraft dieser Bewegung aus. Die Terroranschläge, aber auch die Aufrüstung Frankreichs immer mehr hin zum Polizeistaat, aber vor allem die Angst vor dem sozialen Abstieg verunsichern, machen letztlich wütend und die Wut bricht sich dann irgendwann Bahn. Aber wenn man fragt, was denn eigentlich der Succus des Protests ist, wirds schwierig: "Die Gelbwesten sind ein sozialer Protest, der links ist, weil er sich gegen die Ungerechtigkeit wendet. Die Gelbwesten sind rechts, wenn sie ihre eigene soziale Benachteiligung allein in der Konkurrenz mit Ausländern begründen und die Ausgrenzung des vermeintlich 'Anderen' als identitätsstiftend nutzen." So versucht es ein Kommentar im "Neuen Deutschland" auf den Punkt zu bringen. Aber auch das stimmt natürlich nicht für alle Beteiligten an diesem Protest. Genauso könnte man fragen, was denn die gemeinsame Forderung der Revolutionäre beim Sturm auf die Bastille gewesen sei — man wird keine klare Antwort bekommen, außer daß das Ancient Regime verhaßt war.

Das ist vielleicht genau der Grund, warum das jetzt in Frankreich so passiert — und nicht woanders in Europa. Denn egal, warum die Rebellion stattfindet und was die Stoßrichtung ist, immer empfindet in Frankreich ein erheblicher Anteil der nicht so ganz schweigenden Mehrheit eine gewisse Sympathie dafür.

An diesem Punkt ist es wohl angebracht, in Elias Canettis

"Masse und Macht" nachzuschlagen: "Das Massensymbol der Franzosen hat eine junge Geschichte: es ist ihre Revolution. Das Fest der Freiheit wird jährlich gefeiert. Es ist das eigentliche nationale Freudenfest geworden. Am 14. Juli kann jeder mit jedem auf der Straße tanzen. Menschen, die sonst genau so wenig frei, gleich und brüderlich sind wie in anderen Ländern, können sich einmal so geben, als ob sie es wären. Die Bastille ist erstürmt, und die Straßen sind wieder voll wie damals. Die Masse, jahrhundertlang Opfer der königlichen Justiz, übt selbst Justiz. Die Erinnerung an die Hinrichtungen jener Zeit, eine kontinuierliche Reihe von Massenerregungen der aufwühlendsten Art, gehört zu diesem Festgefühl mehr, als man es sich eingestehen mag. Wer sich der Masse entgegenstellte, gab ihr seinen Kopf. Er war ihr schuldig und diente auf seine Weise dazu, ihr Hochgefühl zu erhalten und zu steigern."

Revolutionspatriotismus

1789, 1830, 1848, die Commune 1871, die Resistance in der Nazi-Zeit, Mai 1968, der Aufstand der Banlieues 2005 bis hin zu Nuit Debout 2016 — die Revolte ist Teil des französischen Nationalgefühls. Viele Konflikte in Frankreich dringen ja gar nicht bis in unsere Medien. Demos mit zigtausenden Beteiligten in Paris werden aufgrund ihrer Häufigkeit kaum mehr groß beachtet. Streiks sind nicht nur sehr beliebt, sondern sie laufen auch oft viel heftiger ab und verhandlungsunwilligen Fabrikdirektoren kann es schon mal passieren, daß sie über Nacht in ihren Büros eingesperrt werden, um ihre Position noch einmal zu überdenken ("Bossnapping" ist trotz der angelsächsischen Bezeichnung eine französische Erfindung).

Dazu kommt als Konterpart eine ziemlich berüchtigte Polizei. Tränengasgranaten gehören schon seit Jahrzehnten bei Demos zur Standardausrüstung der Pari-

ser Exekutive. Was in Frankreich aber eben kaum jemand einschüchtert.

Mit anderen Worten: In Frankreich gehört es zum Patriotismus, gegen die Regierung aufzubegehren, egal welche und egal warum. In Österreich und Deutschland ist das unverständlich, denn da wie dort zogen demokratischere Zustände meist nur dann ein, wenn ein Krieg verloren worden ist. Und wenn es in Österreich nennenswerte relevante Revolten gegeben hat, dann wurden sie in den Geschichtsbüchern gerne kleingeredet (1848), moralisch relativiert (1927, 1934) oder diffamiert (Oktoberstreik 1950). Der österreichische Nationalfeiertag bezeichnet den Tag eines bürokratischen Aktes, der französische den Tag der Erstürmung eines Gefängnisses. Das sagt alles.

“Man macht Voltaire keinen Prozeß” soll 1960 der damalige Präsident Charles de Gaulle seinen Beratern gesagt haben, als diese den Philosophen Jean-Paul Sartre hinter Schloß und Riegel bringen wollten. Ob das Zitat korrekt ist, ist dabei völlig egal, bedeutend ist es deswegen, weil man es für denkbar hält. Es ist bezeichnend für zweierlei: Zum einen dafür, daß in Frankreich auch radikaler Protest als Teil der nationalen Konstitution angesehen wird. Zum anderen aber auch, daß das politische Establishment gewohnt ist, damit umzugehen. Sprich: Köpfe werden keine mehr rollen wie am Ende des 18. Jahrhunderts, höchstens werden ein paar ausgetauscht. Die Eliten werden aber wohl auch die Gelbwesten unbeschadet überstehen.

Bernhard Redl

Widerstands-Chronik

Zum Auftakt der heurigen 16 Tage gegen Gewalt an Frauen demonstrierten in Wien FrauenLesbenMigrantinnen am 25. November vom Karl-Kantner-Park zum Bahnhof Ottakring.

Immer noch treffen sich am Dienstag oder Mittwoch um 16:30 zahlreiche Menschen vor dem Innenministerium am Minoritenplatz, um unter dem Motto “Music4HumanRights” um gegen den aufkommenden Faschismus anzusingen. 2018 zum letzten Mal wird heute, Mittwoch, den 19. Dezember. 2019 gehts am 8. Jänner weiter — siehe Termine.

Trotz eher frischer Temperaturen irgendwo unter dem Gefrierpunkt, demonstrierten auch am Donnerstag, dem 29. November in Wien wieder rund 3000 Menschen gegen die rechtsextreme Regierung. Schwerpunktthema in einer Woche, die mit einem Warnstreik der Eisenbahner*innen begonnen hatte, waren gegenwärtige, kommende und überhaupt alle nötigen Arbeitskämpfe.

Das Gericht der Europäischen Union hat im November entschieden, dass die kurdische Arbeiter*innenpartei PKK zu Unrecht auf der EU-Terrorliste geführt werde. Trotzdem ist die PKK in Deutschland seit 25 Jahren verboten. In Österreich läßt die Regierung die Verwendung von Symbolen der PKK verbieten (am 11. Dezember im Nationalrat beschlossen). Gegen das Verbot der PKK wurde am 1. Dezember in mehreren Städten demonstriert, auch in Wien gingen dagegen am 1. Dezember 180 Menschen auf die Straße.

Am 4. Dezember forderten in St. Pölten vor dem Landhaus Demonstrant*innen mit dem Slogan “Waldhäusl, putz dich” den Rücktritt des rechtsextremen Landrats, nachdem dieser minderjährige Asylwerber*innen in ein Quartier in Drasenhofen bringen und dort quasi unter Hausarrest stellen hat lassen, wie es etwa die Asylkoordination formulierte.

Anlässlich der UN-Klimakonferenz war die Klima-, Umwelt- und Verkehrspolitik der ÖVP-FPÖ-Regierung am 6. Dezember das Hauptthema der Donnerstagsdemo, an der sich diesmal rund 3500 Personen beteiligten. Während einer Zwischenkundgebung beim Verkehrsministerium wurde von Aktivist*innen am Dach des Ministeriums ein Transparent entrollt und mit einer Pyrotechnik-Show drauf aufmerksam gemacht.

Am 13. Dezember war wieder Donnerstag. Treffpunkt war diesmal der Yppenplatz in Ottakring. Auch hier soll es eine Pause zum Jahreswechsel geben. Der nächste Demodonnerstag ist für 10. Jänner geplant.

Und am 15. Dezember war die Großdemo zum Jahrestag des Antritts der fehlfarbenen Regierung. Siehe dazu den Kommentar in dieser akin.

(nochrachten.net/akin)

Räumung nicht ganz so schonend

NELE.NOBLOGS.ORG berichtet etwas anders über die Räumung der "NELE"

Am 17. November wurde die ehemalige revolutionär-marxistische Druckerei – REMA print – in der Neulerchenfelderstraße 35 besetzt. Laut Grundbuchauszug befindet sich das Gebäude im Besitz der DAW Leasing GmbH, eine schwer recherchierbare Firma, die offensichtlich an der Börse spekuliert. Anwohner*innen zufolge gehören dieser Firma noch weitere Häuser in der Straße.

Am 7.12. wurde das besetzte Haus in Wien-Ottakring von einem übermäßigen Polizeiaufgebot geräumt. Von Seiten der Polizei und medial wurde das Vorgehen der verschiedenen Einheiten als gewaltfrei & schonend dargestellt. Das Handeln der Besetzer*innen wurde als widerstandslos beschrieben. Dennoch wurden die Besetzer*innen stundenlang auf Polizeianhaltezentrum Rossauerlande (PAZ) festgehalten.

Eine Person befindet sich seit der Räumung in Untersuchungshaft!

15 Festgenommene Personen verweigerten die bekanntgabe ihrer Identitäten und wurden bis zu ihrer Entlassung rund 9 Stunden lang im PAZ ihrer Freiheit beraubt. Vorgeworfen wurden ihnen mehrere lächerliche Verwaltungsübertretungen: Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz (EUR 100), Störung der öffentlichen Ordnung (EUR 150) und Nichtbefolgung der Verordnung zum Verlassen des Ortes der Besetzung (EUR 150). Rechnun-

gen gingen an Unbekannt. Lediglich die Identität von zwei Personen konnten ermittelt werden.

Polizeipressesprecher Harald Sörös umschrieb vor laufender Kamera das Handeln der Polizei als schonend. Weiters hob er hervor, dass es weder unter Polizist*innen noch Besetzer*innen verletzte gegeben habe.

Außer acht ließ er dabei, was sich auf dem Dach des gesamten Gebäudekomplexes abspielte. Für Empörung sorgte beispielsweise der Filmmitschnitt von dem Tritt eines Polizisten gegen eine sich auf dem Giebeldach befindlichen Person.

Weniger Aufmerksamkeit bekam die auf dem darunterliegenden Flachdach ausgeübte Polizeigewalt.

9 Menschen verließen das Dach nicht freiwillig und mussten von WEGA-Beamt*innen weggetragen werden. Dabei wurden Arme verdreht und Menschen ins Nasse fallen gelassen. Diese Menschen wurden anschließend kopfüber durch ein offenes Fenster in das Haus geworfen und es wurde ihnen von den Beamten in den Rücken getreten. Die Besetzer*innen wurden stranguliert und gezwungen in nasser Kleidung auf dem kalten Boden zu sitzen. Die Unverletzten Besetzer*innen konnten am Ende des Tages – bis auf eine Person die sich in der JA Josefstadt in Untersuchungshaft befindet – humpelnd, mit Blutergüssen und Abschürfungen das PAZ verlassen.

(Stand 11.12.2018)

Keine Hetze gegen Erwerbs- arbeits- lose

MARTIN MAIR vom Verein "Aktive Arbeitslose" sieht beim Presserat Arbeitsverweigerung

Offiziell sieht der Presserat seine Aufgabe darin "Missstände im Pressewesen aufzuzeigen und diesen entgegenzuwirken". Wenn es um Erwerbsarbeitslose geht, will er aber nichts gehört und gesehen haben: In mehreren Beschwerden haben Aktive Arbeitslose Österreich den Presserat wegen der deutlichen Zunahme von diffamierenden Artikeln angerufen, die systematisch irreführende Statistiken präsentieren und sogar Gerichtsurteile grob verfälschen, um Arbeitsuchende als "Arbeitsverweigerer" und als "faul" anzuschwärzen.

Der Presserat tut die negative Stimmung machenden Artikel einfach als "nicht als grob verzerrend" und als "geringfügigen Ungenauigkeiten" ab, weshalb er sich erst gar nicht mit den Beschwerden auseinandersetze. Doch die von den Medien – nicht nur von der Kronenzeitung, sondern auch von angeblichen "Qualitätszeitungen" wie Standard, Kurier, Presse – verbreiteten Zahlen über angebliche "Arbeitsverweigerungen" sind völlig falsch. In den Sanktionsstatistiken sind nämlich auch Sperren wegen "Vereitelung" der oft sinnlosen AMS-Zwangskurse enthalten, welche rund die Hälfte der § 10 AIVG Bezugssperren ausmachen. Die Zahl der angeblichen "Arbeits-

verweigerer" wird von den Medien also kuzerhand verdoppelt!

Die reisserische KURIER-Schlagzeile "Immer mehr Arbeitslose verweigern Job-Angebote" findet der Presserat also in Ordnung? Dabei kommt der Anstieg in der Sperrstatistik für 2017 fast ausschließlich daher, dass das AMS erstmals die tageweisen Bezugssperren wegen Fehlens an einzelnen Tagen bei AMS-Zwangskursen einfach zu den Zahlen über die 6 bis 8 Wochen dauernden Sperren wegen "Vereitelung" von AMS Kursen oder Stellenzuweisungen eingerechnet hat. Die Zahl der angeblichen "Arbeitsverweigerungen" wird so sogar in etwa auf das Dreifache aufgeblasen.

Nicht einmal die peinliche Tatsache, dass die Tiroler Tageszeitung die Sperren wegen Versäumnis von Kontrollterminen beim AMS mit den Sperren wegen Vereitelung von AMS-Zwangskursen oder der Vereitelung von Arbeitsstellen verwechselt, bedarf nach Ansicht des Presserats einer Richtigstellung.

Auch dass Österreichs Gerichte bereits den Versuch, sich bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln, ja selbst das Begehren, einen Arbeitsvertrag durch die Gewerkschaft oder die AK überprüfen zu lassen, als "Vereitelung" werten und die Medien daraus in Anlehnung an die "Staatsverweigerer" kurzerhand eine "Arbeits-

verweigerung" machen, ist für den Presserat nur eine "geringfügige Ungenauigkeit"?

Selbst die massive verfälschte Darstellung von Gerichtsurteilen durch den Kurier am 1.6.2018 (siehe Beschwerde, Linkliste im Anhang) ist kein Grund für den Presserat, sich mit unseren Beschwerden auseinander zu setzen? Ebenso die Pauschalverunglimpfung, die mediale Vorverurteilung von rund 500.000 Menschen als "Arbeitsverweigerer"?

Kontrolliert die "Selbstkontrolle"!

Gerade in Zeiten, wo die Regierung wieder vermehrt Stimmung gegen Erwerbsarbeitslose und arm gemachte Menschen macht, wäre es wichtig, dass der intransparent hinter verschlossenen Türen agierende Presserat endlich sein eigenes Statut, seinen Ehrenkodex, ernst nimmt und nicht permanent seine Arbeit verweigert!

Aktive Arbeitslose Österreich appellieren an den Presserat die Weihnachtspause zur kritischen Selbstreflexion zu nutzen und ermutigt alle Betroffenen und sozial engagierten Menschen, sozialrassistische Medienberichte bei Aktive Arbeitslose Österreich zu melden und auch selbst Beschwerden an den Presserat zu machen. Gerne werden Medienlinks und Beschwerden auf der Homepage von Aktive Arbeitslose

Österreich veröffentlicht bzw. kann mensch dies als angemeldete Benutzer*in auch selbst machen!

Sollte der Presserat weiter seine selbst übernommenen Pflichten vernachlässigen, werden Aktive Arbeitslose Österreich zum Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai Aktionen zur Hebung der Arbeitswilligkeit des Presserates organisieren.

Schließlich sitzen im Presserat auch aktive Journalist*innen als Vertreter*innen der Journalistengewerkschaft, die offenbar Stimmungsmache gegen vom Erwerbsleben ausgeschlossenen Arbeitnehmer*innen unsolidarischerweise einfach hinnehmen und durch ihre Untätigkeit allen Arbeitnehmer*innen schaden. Der vermehrte Druck auf Erwerbsarbeitslose richtet sich nämlich gegen alle Arbeiter*innen, denen Regierung und Wirtschaft geeint immer schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen zumuten wollen! *(Aussendung gekürzt)*

Kontakt:

Aktive Arbeitslose, Krottenbachstrasse 40/9/6, 1190 WIEN, Tel.: +43-676-35 48 310, kontakt@aktive-arbeitslose.at

<http://www.aktive-arbeitslose.at>

<https://www.facebook.com/aktivearbeitslose>

<https://www.twitter.com/AKTIVEARBEITSLO>

Spendenkonto: Sparda Bank Wien, IBAN: AT711490022010059910

Weitere Informationen:

Kurierbeschwerde:

<https://kurier.at/chronik/oesterreich/die-schraegsten-ausreden-von-arbeitslosen/400043902>

[http://www.aktive-](http://www.aktive-arbeitslose.at/briefverkehr/beschwerde_an_den_presserat_pauschale_verunglimpfung_von_arbeitslosen_und_irre_fuehrende_berichterstattung_im_kurier_vom.html)

[arbeitslose.at/briefverkehr/beschwerde_an_den_presserat_pauschale_verunglimpfung_von_arbeitslosen_und_irre_fuehrende_berichterstattung_im_kurier_vom.html](http://www.aktive-arbeitslose.at/briefverkehr/beschwerde_an_den_presserat_pauschale_verunglimpfung_von_arbeitslosen_und_irre_fuehrende_berichterstattung_im_kurier_vom.html)

Auswahl der Beschwerden an den Presserat

http://www.aktive-arbeitslose.at/briefverkehr/beschwerden_an_den_presserat/index.html

Pressespiegel, Schlagwort "einseitiger Medienbericht"

http://www.aktive-arbeitslose.at/links/schlageworte/themen/einseitiger_medienbericht.html

Pressespiegel, Schlagwort "sozialrassistischer Medienbericht"

http://www.aktive-arbeitslose.at/links/schlageworte/themen/sozialrassistischer_medienbericht.html

Parteilpolitische AMS-Willkür: Mehr Bezugssperren wegen AMS-Kurse, vor allem in ÖVP-regierten Bundesländern (Presseaussendung, 20.6.2018)

[http://www.aktive-](http://www.aktive-arbeitslose.at/pressemitteilungen/parteipolitische_ams_willkuer_mehr_bezugssperren_wegen_ams_kurse_vor_allem_in_oevp_regierten_bundeslaendern.html)

[arbeitslose.at/pressemitteilungen/parteipolitische_ams_willkuer_mehr_bezugssperren_wegen_ams_kurse_vor_allem_in_oevp_regierten_bundeslaendern.html](http://www.aktive-arbeitslose.at/pressemitteilungen/parteipolitische_ams_willkuer_mehr_bezugssperren_wegen_ams_kurse_vor_allem_in_oevp_regierten_bundeslaendern.html)

Die große Verdrehung

Erklärung der Palästina-Solidarität Österreich zur Attacke der "Bewohner_innen des EKH" auf die Veranstaltungsserie mit Attia Rajab

Am 7.12.18 fand in den Räumlichkeiten der "Föderation Demokratischer Arbeitervereine" (DIDF) im Wiener Ernst-Kirchweiger-Haus (EKH) die letzte Diskussion der Veranstaltungsserie mit Attia Rajab unter dem Titel "Gaza-Drama – ein Augenzeugenbericht" statt, nachdem bereits davor jeweils eine in Linz und Graz von statten gegangen war.

Eine halbe Stunde davor fanden sich ein paar autonome BewohnerInnen des EKH ein, um den DIDF-Vertretern zu erklären, dass zwei der mitveranstaltenden Gruppen "extrem problematisch" waren. BDS und AIK seien "in der Vergangenheit durch Antisemitismus aufgefallen. Vor allem die AIK hat bisher keine (ideologische) Nähe mit Faschist_innen, Nationalist_innen, Rechtsextremist_innen und Holocaust-Leugner_innen gescheut." Diese Anwürfe wurden jedoch ohne jede Mühe einer inhaltlichen Beweisführung gebracht.

Dem nicht genug, rückte bei Veranstaltungsbeginn ein halbes Dutzend mit schwarzen Kapuzenwesten gekleideter "EKH-BewohnerInnen" aus, um rund um die Tür des DIDF-Lokals die Wände mit ihrem Flugblatt zuzuplatkieren. Einige der VeranstaltungsteilnehmerInnen begaben sich hinaus, um sich selbst diesen unerwarteten aggressiven Akt anzusehen – hätte man doch eher erwartet, dass sich die Kritiker an der Veranstaltung mit inhaltlicher Argumentation beteiligt würden. Attia Rajab selbst hatte sie zuvor noch ausdrücklich dazu eingeladen.

So begab sich auch Josef

Vorbemerkung der Redaktion: Debatten über die Situation in Israel/Palästina vergiften das innerlinke politische Klima seit Jahrzehnten — vor allem in deutschsprachigen Ländern. Daher hat die akin es zumeist vermieden, diese wenig fruchtbringenden Diskussionen zu reproduzieren. Dennoch existiert natürlich der Konflikt weiter und spätestens, wenn es wie am 7. Dezember zu physischen Auseinandersetzungen zwischen Gruppen, die sich als links verstehen kommt, muß man doch darüber reden.

Nachstehender Text erschien schon vorab auf unserem Blog in der Hoffnung, daß die andere Seite in dieser Auseinandersetzung sich aufgefordert fühlt, Stellung zu beziehen, um das hier im Druck berücksichtigen zu können. Diese Stellungnahmen beschränkten sich allerdings auf zwei Tweets (siehe Kasten).

Die gleiche Veranstaltung fand einen Tag vor den Wiener Geschehnissen in Graz statt. Auch da wäre, so die Veranstalter, im Vorfeld auf den Betreiber der Räumlichkeiten Druck ausgeübt worden, diese Veranstaltung noch abzusagen. Da bei einer solchen Auseinandersetzung die Inhalte oft zur Nebensache werden, seien diese hier — in der Schilderung der Veranstalter — im Anhang auch reproduziert.

Sollte von den Kritikern der Veranstaltung doch noch eine gehaltvolle Stellungnahme einlangen, werden wir diese in der nächsten Ausgabe berücksichtigen.

Pampalk, ein 80-jähriger ehemaliger in Mosambik aktiver Entwicklungshelfer, der sich Zeit seines Lebens gegen die südafrikanische Apartheid engagiert hatte und heute für die Gleichberechtigung der PalästinenserInnen eintritt, vor die Tür. Er zeigte sich empört, sprach die Leute an, was sie denn da machen würden, und hob an, die gespenstische Szenerie mit seinem Handy zu fotografieren. Der junge Mann in Schwarz, der auf seine Fragen nicht antworten wollte, schlug ihm stattdessen das Handy aus der Hand und traf ihn dabei im Gesicht. Dann nahm er Reißaus.

Josef hatte die Polizei gerufen, doch die kam viel zu spät. Er entschied keine Anzeige zu machen, auch angesichts der Tatsache, dass viele der TeilnehmerInnen mit den AngreiferInnen ins Gespräch zu kommen versuchten.

Zum Inhaltlichen: Die Regierung Kurz-Strache versucht alles, die Formel von Netanyahu und Trump auch in Österreich und der

EU amtlich zu machen: Antizionismus sei gleich Antisemitismus. Das soll zum unhinterfragbaren Axiom, zu einem Tabu gemacht werden. Wer es zu hinterfragen wagt oder allein die Frage zulässt, wird selbst verdächtig und zum Antisemiten.

Autonome Diskussionsverweigerung ist also nicht schlechten Manieren geschuldet, sondern hat System. "Konsequenter Antifaschismus muss bedeuten, diesen Gruppen keinen Raum zu geben." Wer also im Sinne der freien Meinungsäußerung Räume zur Verfügung stellt, ist ebenfalls zu bekämpfen, auszugrenzen, zu verfolgen. Argumenten bedarf es keiner.

Für uns bedeutet konsequenter Antifaschismus dagegen, die rassistischen Unterdrückungsverhältnisse auch in Israel beim Namen zu nennen. Den ursprünglichen BewohnerInnen des Landes, den PalästinenserInnen aller Konfessionen, wurde und wird das Land mit allen Mitteln weggenommen —

es wird ethnisch gesäubert. Wo das nicht ausreichend gelingt, werden sie einem Regime der kolonialen Ungleichheit unterworfen. In Südafrika nannten die SiedlerInnen dieses System Apartheid.

Unsere Kritik am Zionismus richtet sich grundsätzlich gegen Kolonialismus und koloniale Ungleichheit und tritt für gleiche Rechte für alle und für Demokratie ein. All das ist Erbe des Antifaschismus und der historischen Linken seit der Französischen Revolution. Der Zionismus nicht. Er ist Erbe der Zeit des Nationalismus, Rassismus und der systematischen Ungleichheit – es ist eine grundlegend rechte Ideologie und Grundlage eines imperialistischen Projekts.

Es ist kein Zufall, dass die herrschenden SystemträgerInnen Israels nicht den traditionellen Antisemitismus als Problem ansehen, sondern den linken Antizionismus, dem sie den Stempel des Antisemitismus mit Gewalt aufzudrücken versuchen. Nicht umsonst verortet sich die FPÖ in der Tradition des deutschnationalen Dritten Lagers, in dem auch

die NSdAP groß wurde. Und die ehemals christlich-soziale ÖVP hat sich vom austrofaschistischen und antisemitischen Dollfuß-Regime nie distanziert. Ihre Vorläuferorganisation waren die "Vereinigten Antisemiten" des Wiener Bürgermeisters Karl Lueger, dessen Namen bis vor Kurzem noch ein Teil der Wiener Ringstraße trug.

Zu den inkriminierten Gruppen, die Teil der Palästina-Solidarität Österreich sind:

BDS (Boycott, Disinvestment, Sanctions) basiert auf einem Aufruf (1) der palästinensischen Zivilgesellschaft 2005. Er ist der Boykottkampagne gegen das Apartheid-Südafrika nachempfunden und richtet sich gegen fremde Besatzung sowie Besiedlung und verteidigt das von der UN verbriefte Rückkehrrecht der vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge bzw. ihrer Nachkommen. Natürlich gefällt den Herrschenden in Israel der Vergleich mit Südafrika nicht und sie versuchen mittels Antisemitismuskeule zurückzuschlagen, nicht nur gegen die Linke, sondern auch gegen die Mehrheit der UN-Mitglieder,

gegen Völkerrecht usw.. Tatsache ist jedoch, dass sich das System der Bantustans von jenem der PNA-Gebiete nur graduell unterscheidet.

Die Antiimperialistische Koordination (AIK) wiederum ist seit ihrer Gründung in den 1990er für einen gemeinsamen demokratischen Staat aller EinwohnerInnen unabhängig ihrer Konfession eingetreten, wie es auch die Forderung der frühen PLO, des südafrikanischen ANC, der algerischen FLN und aller Befreiungsbewegungen gegen Siedlerkolonialisten war. Den Vorwurf der "Nähe zu Holocaust-Leugnern" gegen die AIK musste das DÖW übrigens 2008 zurücknehmen (2), aber so kleinlaut, dass die Antinationalen es noch immer zu zirkulieren versuchen. Das ist auch intendiert; es ist die Methode des Rufmordes.

Prozionistische IdeologInnen haben sich beide Gruppen als Ziele ausgesucht und versuchen durch Missbrauch der Autorität des antifaschistischen Widerstands die große Operation der Umdeutung von Antizionismus zu Antisemitismus (ausführliche

Tweets

Auf Twitter gab es zwei Stellungnahmen zu der Blog-Veröffentlichung:

@DiskrautThemAll schreibt:

"Israel - bei allem Scheiß, der in der Westbank verbrochen wird - Kolonialismus zu unterstellen is sowas von extrem Scheiße. Das is Antizionismus wie ihn Nasser betrieben hat. Ich erwart mir von der akin eine differenziertere Position als die Behauptung man könne mit der AIK reden"

@Loukanikos schreibt

"Ihr erklärt, dass ihr den Aktivist*innen vom EKH auch Platz einräumen wollt. Allerdings erwähnt ihr nicht, dass es eine Vorwarnung gab, denn in der Erklärung auf der EKH-Seite steht, dass schon im Vorfeld der Veranstaltung Protest geäußert, dies aber von DIDF ignoriert wurde."

In der im zweiten Tweet erwähnten Stellungnahme im Vorfeld ist zu lesen: "Die Veranstaltung selbst kennen wir inhaltlich nicht, aber die veranstaltenden Gruppen sehr wohl. Zwei davon sind BDS

(Boycott, Divestment and Sanctions) und der AIK (Antiimperialistische Koordination), die beide in der Vergangenheit durch Antisemitismus aufgefallen sind. Vor allem die AIK hat bisher keine (ideologische) Nähe mit Faschist_innen, Nationalist_innen, Rechtsextremist_innen und Holocaust-Leugner_innen gescheut und unterstützen auch unhinterfragt neurechte, nationalistische Ideologien. Die DIDF wurde von unserer Seite wiederholt auf die Nichtolerierbarkeit dieser Veranstaltung bzw. der Veranstaltenden hingewiesen, bis jetzt ohne jegliche Reaktion von ihrer Seite. Wir wollen euch und auch erneut die DIDF auf die extreme Problematik dieser Veranstaltung hinweisen. Ein konsequenter Antifaschismus muss bedeuten, diesen Gruppen keinen Raum zu geben. Wir erklären uns entschieden gegen diese Veranstaltung und hoffen hiermit doch noch einige Besucher_innen wachrütteln zu können. Gegen jeden Antisemitismus, Faschismus, Rassismus und Nationalismus!" (<https://med-user.net/~ekh/>)

Dokumentation und Zurückweisung der AIK: (3)) durchzusetzen. Wie sehr das für das globale herrschende System funktional ist und wie wenig die Vorwürfe mit der Realität zu tun haben, zeigt sich gegenwärtig im weltpolitischen Maßstab. Die Kampagne gegen Jeremy Corbyn, der in Großbritannien für ein Ende des Neoliberalismus eintritt und als Linker natürlich auch propalästinensisch ist, wird ebenfalls als Antisemit bekämpft.

Bemerkenswert ist das laute Schweigen dieser zionistischen IdeologInnen dort, wo Antisemitismus und Judenfeindlichkeit den westlichen Großmächte zu Diensten sind, z.B. als im Gefolge der NATO-Bombardements gegen die BR Jugoslawien der Kosovo von den Verbündeten des Westens "judenfrei" gemacht wurde, oder die US- und EU-Eliten mit offen neofaschistischen und antisemitischen Kräften beim prowestlichen Staatstreich in der Ukraine kollaborierten.

Es ist der Zionismus, ein Siedlerkolonialismus, der in der Zeit des rassistischen Nationalismus entstanden ist und der im israelischen Apartheidregimes bis heute wirkt. Es ist eine ungeheuerliche Verdrehung, ein unerhörter Missbrauch der Katastrophe des Völkermordes an den JüdInnen, die linken KritikerInnen des israelischen Apartheidregimes mit dem zu verleumden, was der Zionismus selber repräsentiert, nämlich einen rassistischen Nationalismus.

(1) <http://bds-info.at/was-ist-bds/aufruf/>

(2)

<http://www.antiimperialista.org/de/node/5700>

(3) <http://www.antiimperialista.org/de/content/verleumdungskampagne-des-d%C3%B6w-ii>

Bericht

Über die Vortrags-Diskussionsveranstaltung mit Attia Rajab zum Thema "GAZA DRAMA: Augenzeugenbericht mit Perspektiven für eine gerechte Lösung", Do. 6. Dezember, 19:00, Jazzcafe Stockwerk, Graz, Jakominiplatz 18

An der Veranstaltung nahmen 28 Personen teil. Bei der Diskussion kam es zu etwa 10 Wortmeldungen. Die gesamte Veranstaltung verlief störungsfrei.

Die Lage im Gaza

Attia Rajab schilderte plastisch die durch die Israelische Belagerung des Gaza-Streifens ausgelösten dramatischen Lebensumstände der Menschen. Neben den unmittelbar militärischen Bedrohungen durch die IDF (ständige Drohnenüberwachung aus der Luft, Fliegerangriffe, gezielte Tötungen und schwere Verletzungen durch IDF-Scharfschützen) führte er vor allem die desaströsen ökologischen Folgen breit aus. Einige Beispiele:

- Da Israel meist nur 4 Stunden am Tag Strom liefert funktionieren die Kläranlagen nicht und das Schmutzwasser wird ungereinigt ins Meer geleitet. Dieses ist verseucht, man kann nicht mehr darin schwimmen.

- Entlang der Gaza-Ostgrenze hat Israel sehr tiefe Grundwasserbrunnen gebohrt, diese saugen das Wasser aus den nicht so tiefen Brunnen der Gazaner ab. Vom Meer her drängt verschmutztes Salzwasser nach. Infolge des häufig herrschenden Strommangels funktionieren auch die Meerwasserentsalzungsanlagen nicht. Wasser aus dem Israelischen Versorgungsnetz – das seinerseits zum Großteil aus dem zu 80 Pro-

zent von Israel genutzten zentralen Aquifer des Berglandes der Westbank kommt - muss teuer bezahlt werden, was sich die BewohnerInnen kaum leisten können.

- Ebenfalls aus Strommangel funktionieren lebensnotwendige Apparaturen in den Spitälern oft nicht. Auch lebensrettende Medikamente sind nur sehr begrenzt verfügbar.

- Die Armut der Bevölkerung führt dazu, dass sie versucht, aus dem beengten landwirtschaftlich nutzbaren Raum einen möglichst hohen Ertrag zu erwirtschaften. Dafür werden Pestizide und Düngemittel eingesetzt. Daher sind inzwischen die Böden verseucht und die Lebensmittel stark belastet.

- Insgesamt gibt es ein starkes "Sterben vor der Zeit". Krebserkrankungen haben eine erschreckende Häufigkeit angenommen.

- Die durch die israelischen Bombardements an den Gebäuden während der zurückliegenden drei Gaza-Kriege entstandenen Kriegsschäden können nicht repariert werden, weil Israel Baumaterialien - etwa Zement - als für seine Sicherheit relevant deklariert und daher den Import stark beschränkt.

- Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch. Vor allem die Jugend ist verzweifelt und will weg. Da sie das nicht kann, versucht sie die Weltgemeinschaft durch ihre verzweifelten Demonstrationen am Israelischen Sicherheitszaun auf das Elend aufmerksam zu machen.

Perspektive der Konfliktlösung

Als längerfristig allein mögliche Lösung sah der Vortragende das - unter Respektierung der Menschenrechte und des Völkerrechts - gleichberechtigte Zusammenleben in einem demokratischen Staat. Die deutsch-französische Aussöhnung oder das nunmehrige Zusammenleben von Schwarzen und Weißen im neuen Süd-

afrika seiner Beispiele, dass alter Hass überwunden und politische Systeme geändert werden können. Wie genau das funktionieren könne - etwa durch eine föderal-kantonale Lösung oder durch eine andere Sicherung der jeweiligen Minderheitenrechte - sei von den Konfliktparteien in direkten Gesprächen auf Augenhöhe zu vereinbaren.

Als das bisher massiv unterdrückte Volk werde die Zustimmung zu einer derartigen Lösung den PalästinenserInnen aber leichter fallen als den Juden. Selbst in der Bevölkerung des Gaza habe er eine hohe Bereitschaft zu einem realistischen Kompromiß wahrgenommen. Internationaler Druck auf Israel sei daher unerlässlich. Die internationale BDS-Bewegung sah er als notwendiges politisch-strategisches Instrument.

*Franz Sölkner,
Palästina Solidarität Steiermark*

Schützen wir unsere Menschenrechte selber?

In der Schweiz wurde kürzlich eine Initiative der SVP vom Volk abgeschmettert, in der gefordert worden war, nationales Recht über Völkerrecht zu erheben. Dabei ging es vor allem um internationale Menschenrechtsgarantien wie der Europäischen Menschenrechtskonvention oder der Genfer Flüchtlingskonvention. In der WoZ stellte daraufhin PATRICK WALDER von amnesty international die Frage: Soll die Auseinandersetzung über den Kerngehalt der Grund- und Menschenrechte an Gerichte delegiert werden oder wie in der Schweiz von den Stimmberechtigten in einem politischen Prozess entschieden werden? Walders hier reproduzierter Text geht zwar hauptsächlich auf die spezifische Situation der starken basisdemokratischen Komponente der Schweiz und den Menschenrechten ein, allerdings ist dieser Konflikt auch weitergehend interessant, da generell das Völkerrecht blind ist gegenüber demokratischen Meinungsänderungen in den Vertragsstaaten, beruht es doch auf feudalen Traditionen, wo Fürsten Verträge schlossen, die nicht mit einer Abwahl zu rechnen hatten. So ist es in nachfeudaler Zeit auch immer wieder zu Situationen gekommen, daß Diktatoren Verträge abgeschlossen haben, an die sich dann demokratische Regierungen zu halten hatten. In Österreich kennen wir das vom Konkordat. Andererseits sind autoritäre Regierungen an Verträge gebunden, die demokratischere Vorgänger abgeschlossen haben. Daß

eben zum Beispiel ein Viktor Orban sich an den Regeln der EMRK oder der GFK messen lassen muß und zumindest diplomatische Probleme bekommt, wenn er diese ignoriert, ist nicht ohne Wert.

Nach Ablehnung der «Selbstbestimmungsinitiative» ist es nun Zeit, einigen Fragen nachzugehen, die von der Initiative aufgeworfen wurden, ohne dass sie Antworten darauf zu bieten hatte. Denn diese Fragen – etwa nach dem Verhältnis von Demokratie und Menschenrechten oder von Selbstbestimmung und Globalisierung – werden nach dem Nein nicht verschwinden, im Gegenteil.

Amnesty hat in dieser Abstimmungskampagne primär beschäftigt, wie wir über Menschenrechte kommunizieren können, um sie populär zu machen und wirksam zu verteidigen. Organisationen wie Amnesty sind besser darin, Menschenrechtsverletzungen an den Pranger zu stellen, als positiv über die Menschenrechte zu sprechen oder das Konzept simpel und überzeugend zu erklären. Genau das wäre aber nötig, denn wir stellen heute leider fest, dass die Lehren, die man vor siebzig Jahren aus der Erfahrung von Weltkrieg und Völkermord gezogen hatte, am Verblässen sind.

Immerhin ist es der Zivilgesellschaft mit der Mobilisierung gegen die Antimenschenrechtsinitiative in diesem Punkt gelungen, die SVP in die Defensive zu drängen. Die Partei verleugnete ihre ursprüngliche Absicht, die Europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen, und bekannte sich im Gegenteil vordergründig zu den Menschenrechten. «Schützen wir unsere Menschenrechte selber! Schützen wir unsere Schweiz», forderte das Egerkinger Komitee im «20 Minuten»-Inserat kurz vor der Abstimmung.

Diese SVP-Parole trifft einen

wunden Punkt. Wer bestimmt über die Menschenrechte?

Als elitär diffamiert

Die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative knallte wie ein Sprengsatz ins ungeklärte Verhältnis zwischen Demokratie und Menschenrechten. Natürlich ist Demokratie mehr als die Herrschaft der Mehrheit. Und zu Recht wird daran erinnert, dass Volksrechte und Grundrechte die «Zwillingskinder der Französischen Revolution» sind (Andreas Gross). Die partizipativen Volksrechte (wie Initiativen, Referenden, Wahlen) und die Grundrechte (Beschränkung der Macht, Schutz von Minderheiten und individuellen Freiheiten) – sie wurden 1848 zusammen in der Bundesverfassung verankert, weil Demokratie beides braucht.

Aber wer bestimmt am Ende über den Kerngehalt der Grund- und Menschenrechte? Die Menschenrechte sind nicht in Stein gemeisselt; es gibt keine heiligen Texte in der Politik. Wir haben die Menschenrechte jahrzehntelang weiterentwickelt (neue Konventionen, neue Institutionen); es kann aber auch einmal in die andere Richtung gehen. Wo wäre dann die rote Linie?

Es gibt unterschiedliche Modelle, wie mit dieser Frage umzugehen ist. Verfassungen wie in Deutschland entziehen die Menschenrechte weitgehend dem demokratischen Zugriff und machen sie fast unantastbar; Fragen zu ihrer Anwendung werden vor allem an die Gerichte delegiert. Ein anderes Modell ist die Schweiz, in der Verfassungsrechte jederzeit durch Volksinitiativen geändert werden können; für Fragen zum Gehalt der Menschenrechte werden letztlich die Stimmberechtigten in einem politischen Prozess verantwortlich gemacht.

Was funktioniert besser, das juristische oder das politische Modell? Und was ist nachhaltiger? Falls man künftig prüfen will, ob Volksinitiativen gegen Völkerrecht

verstossen, wer sollte dann über eine Rückweisung entscheiden? Mit welcher Legitimation? Menschenrechtsorganisationen setzen in ihrer praktischen Arbeit stark auf Gerichte und Institutionen wie den Uno-Menschenrechtsrat. Wie lange kann das gut gehen angesichts der weitverbreiteten Angriffe auf das Recht, die RichterInnen und die sogenannten Eliten? Die Menschenrechte haben ihren Boom parallel zur neoliberalen Globalisierung erfahren und werden heute auch deshalb als politisches Programm der Eliten diffamiert.

Wenn wir andererseits die Menschenrechte dem politischen Prozess überlassen: Wie viele menschenrechtsverletzende Gesetze wollen wir dann in Kauf nehmen für den demokratischen Lernprozess? Amnesty hat keine Antworten auf solche Fragen.

Das doppelte Versagen der Politik

Die «Selbstbestimmungsinitiative» war so gefährlich, weil sie in ihrem Kern einen weiteren wunden Punkt getroffen hat. Der Spielraum für nationale Politik wird mit der Globalisierung immer kleiner, viele Herausforderungen können nur auf internationaler Ebene gelöst werden. Zugleich wird das Scheitern der internationalen Gemeinschaft darin, Krisen oder Konflikte zu lösen, immer offensichtlicher und akuter. Das doppelte Versagen der Politik, national wie international, schafft bei uns allen eine berechtigte Frustration. Und aus diesem Gefühl der Ohnmacht nähren sich populistische Versprechen sowie Allmachtsfantasien.

Abschottung und Rückkehr zur nationalen Selbstbestimmung sind sicher keine tauglichen Rezepte. Aber die Tendenz, politische Fragen auf internationaler Ebene von Diplomaten und Beamtinnen ohne demokratische Beteiligung auszuhandeln, ist ebenfalls problematisch. Das gilt für das Uno-Migrationsabkommen ebenso wie für WTO-Handelsverträge. Es ist

Haarspalterei, die SVP dafür zu kritisieren, dass sie das Migrationsabkommen als Beispiel in ihrer Kampagne genutzt hat, weil dieses kein rechtsverbindlicher Vertrag sei. Amnesty hatte sich dafür eingesetzt, dass dieses Abkommen so verbindlich wie möglich ist – und wird natürlich die Regierungen künftig an diese Versprechen erinnern. Umgekehrt kritisieren Linke zu Recht Handelsabkommen, die ohne demokratische Beteiligung abgeschlossen werden. Der Inhalt mag uns in einem Fall passen, im anderen nicht, das Prinzip ist dasselbe, so kommentierte es Francis Cheneval, Professor für politische Philosophie. Als «Hochzonzung der Politik» auf höhere Ebenen bezeichnete es der Völkerrechtler Oliver Diggelmann.

In einer Diskussion vor der Abstimmung hat ein Student das Dilemma so auf den Punkt gebracht: Entweder müssen wir die Globalisierung umkehren oder die internationale Politik und das Völkerrecht demokratisieren. Das Erste hätte einen hohen Preis, das Zweite ist höchst schwierig und langwierig. Die Globalisierung etwas zu bremsen, scheint da immerhin vernünftig, um etwas Zeit zu gewinnen. (Präsident Trump sei Dank.)

Wir dürfen die Demokratie nicht den Populisten überlassen, die Politik nicht den Technokratinnen und die Menschenrechte nicht nur den Gerichten. Wir müssen tatsächlich «unsere Menschenrechte selber schützen», aber nicht so, wie die SVP das meint. Und wir brauchen internationale Institutionen, die sowohl effektiver wie demokratischer sind. Eine ziemliche Herausforderung – gerade in einer Zeit, in der es die Staaten nicht einmal mehr schaffen würden, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu verabschieden.

(Nr. 48/2018 vom 29.11.2018)

<https://www.woz.ch/1848/standpunkt-von-patrick-walder/schuetzen-wir-unsere-menschenrechte-selber>

Wie im Mafiainfilm

Die Proteste gegen das "Sklavengesetz" in Ungarn sind mittlerweile so laut, daß sie auch in großen österreichischen Medien dokumentiert werden. In ungarischen hingegen werden sie, wenn sie nicht mehr ignoriert werden können, zumeist diffamiert. Das liegt auch daran, daß Viktor Orban sein System der Meinungskontrolle immer weiter optimiert. Denn gerade ist in Ungarn ein neuer regierungsnaher Medienkonzern entstanden – durch Schenkungen von Orban-nahen Geschäftsleuten.

Ungarns Premier Viktor Orban liebt nach eigenem Bekunden Wildwest- und Mafiainfilme. Sein neuester Coup ähnelt einem Szenario aus diesem Genre – so jedenfalls sehen es unabhängige MedienexpertInnen im Land.

Ende November übergaben ungarische UnternehmerInnen, die Orban nahestehen, nahezu ihre gesamten Presseunternehmen einer neu gegründeten, von Regierungsvertretern geführten Medienstiftung namens Mitteleuropäische Presse- und Medienstiftung – eine Schenkung ohne irgendeine Gegenleistung. Darunter sind Fernseh- und Radiosender, Zeitungen, Magazine und Onlineportale – insgesamt 476 Titel, die fast das gesamte Spektrum des privaten regierungsnahen Medienmarkts in Ungarn repräsentieren.

Zwei führende ungarische ExpertInnen für Medienanalyse, Agnes Urban und Gabor Polyak von der NGO Mertek – Mediaelemző Műhely, schreiben dazu einigemassen verblüfft: «Dass ver-

schiedene Unternehmer ihre Firmen, die viele Millionen wert sind, alle gleichzeitig einer Stiftung übergeben, gibt es sonst nirgends auf der Welt. Das geschieht eher in Mafiainfilmen als im Geschäftsleben.»

Orbans Dekret

Eine derartige Konzentration von Medien muss nach ungarischem Gesetz von der Wettbewerbsbehörde GVH geprüft werden. Doch Orban unterzeichnete vergangene Woche ein Dekret, laut dem die Stiftung von «nationaler strategischer Bedeutung» sei, womit er eine kartellrechtliche Überprüfung verhindert. Das ist pikant: In anderen Fällen spielte die GVH eine wichtige Rolle bei Plänen der Orban-Regierung, unabhängige Medien zu zerschlagen.

An der regierungsnahen Orientierung der neuen Stiftung besteht kein Zweifel. Geleitet wird sie von Gabor Liskay, einem Medienmanager, der dem Premier treu ergeben ist und viele Jahre lang Geschäftsführer verschiedener Medien war, die Orbans Partei Fidesz nahestehen. Zuletzt fungierte Liskay formal als Besitzer der Tageszeitung «Magyar Idők», des Sprachrohrs der Orban-Regierung schlechthin. Zudem sind mehrere Fidesz-Politiker Mitglieder im Kuratorium der Stiftung, etwa der Abgeordnete Istvan Bajkai, der lange Zeit Anwalt der Orban-Familie war.

Inhaltlich wäre eine Zentralisierung der ohnehin bedingungslos regierungstreuen Medien nicht notwendig gewesen. Orban hat mit der Gründung des neuen Mediengiganten jedoch die Lehre aus dem Desaster mit seinem Jugendfreund Lajos Simicska gezogen: Simicska war zwei Jahrzehnte lang graue Eminenz der Orban-Partei und hatte für sie ein Medienimperium aufgebaut – mit ihm als Eigentümer. 2015 zerstritten sich Orban und Simicska, worauf Simicskas Medien sich über Nacht zu Orban-Kritikern wandelten.

«Nur Strohmänner»

Zwar besitzt keiner von Orbans jetzigen Günstlingen das Format und die Ambitionen von Simicska. Da ist beispielsweise Lörinc Meszaros, Exbürgermeister in Orbans Heimatdorf, ehemaliger Gasheizungsmonteur und heute einer der reichsten UngarInnen. Er ist unternehmerisch nur mässig begabt, hegt keinen politischen Ehrgeiz und hat seinen wundersamen Aufstieg «dem lieben Gott und Viktor Orban» zu verdanken, wie er einmal zugab.

Doch Orban fürchtet seit längerem, bisweilen fast panisch, einen Machtverlust, wie ihm manche seiner intimen Kenner attestieren. Auch gibt es Rivalitäten zwischen jenen Geschäftsleuten. Insofern ist die neue Medienstiftung für Orban eine Vorsichtsmassnahme. Zudem dürfte es auch um mehr Effizienz gehen: Orban soll sich geärgert haben, dass aus den überwiegend defizitären regierungsnahen Medien, die grossenteils mit staatlichen Werbegeldern am Leben gehalten werden, zu viel Geld an die Eigentümer abgeflossen sei.

Dem bekannten ungarischen Investigativjournalisten Attila Mong erscheint die Sache folgerichtig: «Diese Geschäftsleute sind nur Strohmänner von Orbans Gnaden. Mit der Schenkung ist klar geworden, dass Orban nicht einmal mehr Wert auf den äusseren Anschein legt.» Und der linke Philosoph Gaspar Miklos Tamas schreibt, dass Ungarn inzwischen eine Art Einmannstaat geworden sei: «Man hat das Eigentum seinem wahren Besitzer zurückgegeben. Diese millionenschweren Grosskapitalisten wagten keinen Widerstand. Sie fürchten sich. Es ist dieselbe Furcht wie bei jedem Beamten: Furcht vor der Entlassung.»

(Keno Verseck in WoZ Nr. 50/2018 vom 13.12.2018)

<https://www.woz.ch/1850/auf-allen-kanaelen/wie-im-mafiainfilm>

Aus dem Archiv:

Vorwärts zur Volksweihnacht!

Das akin-Archiv ist groß. Und leider in Folge mehrerer Umzüge und unkontrollierter Zuwächse immer noch in einem chaotischen Zustand. Im Zuge der sich dahinschleppenden Aufarbeitungsarbeiten schwemmt es immer wieder Fundstücke obenauf, die man doch der Vergessenheit entreissen sollte. Nachfolgender Text ist ein Beispiel dafür und paßt gerade so schön zur Jahreszeit. Er hat leider weder Titel, noch Autorenangabe oder Datum (vermutlich um 1980). Sollte den Text jemand wiedererkennen, bitten wir um Benachrichtigung an die Redaktion.

In den letzten Tagen und Wochen hat die Bourgeoisie ihre Angriffe auf die Festtagsinteressen des Volkes fortgesetzt und verstärkt. Dieses ist ohnehin schon betroffen von der Verschlechterung der Weihnachtsfeiertagsbedingungen, die in der Hauptsache von dem sich zuspitzenden Widerspruch herrühren, zwischen der Tatsache, daß immer mehr Menschen in niedrigen Gemeindewohnungen leben, und der unveränderten, ja hier und da angewachsenen Höhe der Christbäume.

Dies führt in zahlreichen Haushalten zu Beschädigung des Plafonverputzes oder des Christbaumes.

Die Kommunisten haben in diesem Zusammenhang in Flugzetteln, die auf dem Christkindelmarkt und ähnlichen Stätten monopolkapitalistischen Weihnachtsterrors verteilt wurden, konsequent den Standpunkt vertreten, daß dieser Widerspruch Folge der kapitalistischen Ausbeuter"ordnung" ist, und sich daher im Kapitalismus nicht lösen läßt.

Unfähig dies zu verstehen, verstieg sich die Trotz-kistenbrut der GRM zu der sozialdemokratischen Forderung nach einer Verstaatlichung der Nadelwaldbestände und der Zucht von Zwergtannen unter parlamentarischer Kontrolle. Noch dazu entblödeten sich die GRM-Sektierer nicht, zusammen mit den KSV-Revisionisten eine Demonstration zu veranstalten, bei der Weihnachtsmänner, die wie Karl Marx aussahen, Flugzetteln an Passanten, vor allem Kinder zu verteilen.

Diese Aktionen dienen nur dazu, dem gerechten Kampf des Volkes gegen den konterrevolutionären Feiertagsterror die politische Spitze zu nehmen, kleinbürgerliche Illusionen zu nähren und die Bewegung zu spalten.

Wir Kommunisten lassen uns durch diese revisionistischen Abweichler nicht von der Verfolgung der marxistisch-leninistischen Linie abbringen und vertreten auch konsequent unseren Standpunkt in der Silvesterfrage:

Wohl trifft die gigantische Verteuerung von Feuerwerkskörpern das Proletariat, das ein objektives Interesse an der Verteidigung seiner gewohnten Silvesterfreuden hat ins Herz. Falsch wäre es hingegen, sowohl, dies zum Aufhänger einer Antiteuerungspolitik, die doch nur Sozialpartnerschaftsillusionen nährt, zu verwenden, als auch, in Verfolgung eines abstrakten Pazifismus, Leuchtraketen und Feuerwerke als solche zu bekämpfen.

Den richtigen Weg haben die Arbeiter der Spieluhrenfabrik Klimbim gezeigt, die spontan die Produkte ihres Werkes auf die Internationale umprogrammierten. Freilich war diese Aktion in vielem spontaneistischen und antiautoritären Charakters. Daher müssen die Kommunisten sich an die Spitze solcher lokalen Kämpfe stellen und die korrekte Linie bestimmen.

Sie haben die Werktätigen aufzufordern, nicht dem kapitalistischen Feiertagszauber aufzusitzen, sondern die Feiertage dazu zu machen, was sie objektiv sein können:

**EINE GELEGENHEIT ZUM STUDIUM DER
KLASSIKER DES MARXISMUS-LENINISMUS:
Stalin und Mao-Tse-Tung.**

Erst, wenn es gelungen ist, diese Erkenntnisse in die Massen zu tragen, und sie vom Klassencharakter des Weihnachts- und Neujahrfestes zu überzeugen, werden wir fähig sein, aus den angeführten Widersprüchen eine revolutionäre Perspektive abzuleiten.

Schach dem monopolkapitalistischen Feiertagsterror.

**VORWÄRTS IM KAMPF FÜR EIN WEIHN-
ACHTEN UND NEUJAHR IM DIENSTE DES
VOLKES !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!**

###

Termine

mine unter: <http://www.criticalmass.at/oderNewsletterwienerneustadt@criticalmass.at> bestellen. Mehr Details dazu: <http://www.criticalmass.at/about/was-ist-criticalmass>

Salzburg, jew. am ersten Samstag des Monats SLP-Kundgebungen gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen, ab 10 h vor dem Landeskrankenhaus /Müllner Seite

ARCHIVE, INFOLÄDEN, BUCHHANDLUNGEN U.Ä.

INFOLÄDEN: Wels: 4600 Spitalhof 3, Tel. 07242/910432; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, infoladen-wels@liwest.at; Korneuburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i.Mon. 15,30-16,30, 2100 Laaer Str. 6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr.17, Di, Fr, Sa 16-20h, <http://www.kv-treibsand.at>; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h. infoladen.salzburg@gmx.net; IL Bregenz, AJZ Between, Bahnhofstr.47, 05574/44379, juzbuch@gmx.at

EKH (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwochs-Beisl 18,30-24h. Infol.X: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLX-bibliothek Do 16 - 20 h. www.meduser.net/~ekh; HausBibliothek, Do 16-20h, www.meduser.net/~ekh/bibliothek.html

PrekärCafe j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h. 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg.

Buchhandlung "Libreria Utopia". 1150, Preysingg. 26-28, Mo-Fr ab 15h, Sa ab 12h. [Infos radicalbookstore.com](http://www.radicalbookstore.com)

Anarchistische Buchhandlung Wien, Oelweing. 36/5, 1150; Di & Mi, 18-20h & j. 1.&3. Sa i. Monat, 12-16:30 Anarchistische Bibliothek jed. Mo 18 - 20h oder nach Absprache. 1080 Lerchenfelder Str.124-126/Hof 3/Tür 1a, <http://a-bibliothek.org>

Archiv d soz. Beweg., Mi u.Fr 17-20h, Kontakt www.bibliothek-vonunten.org, archiv.wien@gmx.at, 1010 Wipplingerstr.23

Marxer Lesestube (Zeitungen, Sach-

bücher) Do 17-18h, auch vorher und nachher. 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.), Tel. 0681 1027-8815

Havanna-Club: Mo (außer Feiertag), ab 19h: plaudern und diskutieren, Seisg.1, 1040

ARBEITSLOSE

aha - Arbeitslose helfen Arbeitslose: 2. oder 1. Do. im Monat, Khevenhüllerstr 4, 4020 Linz <http://www.vereinaha.at/Infoabend.htm>

"Aktive Arbeitslose Österreich": Offenes Treffen mit Beratung jeden 4. Do ab 16 h Café Müller, Payerg.14/Yppenplatz 2, 1160; Szb-Regionalgruppe: J. 4. Mi.i.Monat, Beisl im ABZ, Kirchenstraße 34, Salzburg, Telef Beratung 0676 3548310, <http://www.aktive-arbeitslose.at>. Online-Rechtsinformation: <http://www.arbeitslosenetz.org>

AMSand, Beratung jeden Donnerstag, 18-20h, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070, <http://amsand.net>

AMSEL: J. 2. Do (werktags) von 17-20h im Infoladen Schwarzes Radischen Steinfeldgasse 2, 8020 Graz <http://www.amsel-org.info>

"Zum Alten Eisen?", Do ab 16:30, Cafe Siebenbrunnen, 1050, Siebenbrunnenplatz <http://www.zum-alteneisen.at>, T 0650/92 06 731

FRAUEN:

FLMZ, Währingerstr. 59/St.6, 1090, Eingang Prechtlgasse, T+F 4085057, Plenum: j.1. Do, 18:30, 2.St; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h. Plenum: j.2.u.4. Di 18h, j.3.Do, 20h: Kitschfilmabend; ARGE Dicke Weiber, jed. 2. Fr, 17,30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszentr.f. Immigrantinnen, T4086119, <http://www.peregrina.at>; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443

Frauensolidarität, feministisch-entwicklungspolitisch: Bibliothek & Dokumentation 1090 Senseng.3, Tel.3174020-400, Öffnungszeiten Mo-Di 9-17h, Mi-Do 9-19h, Fr 9-14h. netz: www.frauensolidaritaet.org

Archiv der Frauen- u.Lesbenbewegung Stichwort, 1040 Gusshausstr.20/1A+B, Tel. 812 98 86, e-mail: office@stichwort.or.at, geöffnet Mo + Di 9-14h, Do 14-19

FRIEDEN

Arge WDV, argewdv@verweigerter.at, 535 91 09, Fax 5327416. 1010 Schotteng. 3a/1/4/59. Wehrdienstverweig. u. Zivild.berat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; www.deserteursberatung.at; Tel. 533 72 71; Rechtsberatung bei dring. Fällen: 0699/112 25 867, solidaritaetsgruppe@chello.at

Wr.Friedensbew., Plenum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reinprechtsdorfer Str. 6

Solidar-Werkstatt (vormals friwe), Waltherstr. 15, 4020 Linz, T. 0732/771094, F. 0732/797391, office@solidarwerkstatt.at, <http://www.solidarwerkstatt.at>

Internat. Versöhnungsbund an jedem vierten Donnerstag im Monat nehmen wir uns eine halbe Stunde Zeit um einen Moment lang Raum zu schaffen für die Gedanken an den Frieden und alle Menschen, die sich weltweit für ein friedliches, gewaltfreies Miteinander einsetzen, 19:00-19:30 Uhr, wo auch immer ihr gerade seid bzw. im VB-Büro www.versoehnungsbund.at; 1080 Ledereerg.23/3/27

PARTEIEN

SLP: 1200 Pappenheimg.2/1, T. 5246310, F. 5246311, e-mail slp@slp.at; Termine unter www.slp.at, Treffen: SLP-West am Mo. 18h Buchh.Libreria Utopia 1150 Preysingg.26-28, Brigittenau 2: Do 18,30 im SLP-Büro 1200 Pappenheimg.2/1, Brigittenau 1: Die 18,30 im SLP-Büro, Graz, MO, 19h, Cafe Stockwerk, Jakominipl.18, Linz, Die, 18h Alte Welt, Hauptpl.4; Szb, Mo 19h, Shakespeare, Hubert-Sattler-G.3/Mirabellplatz; Gmunden jed. 2. Do um 18h im Einkaufspark, Habert Cafe, Vöcklabruck, jed. 2. Do, 18h, Cafe zur Brücke, Vorstadt 18

Änderungen bitte uns bekanntzugeben! Telefonnummern ohne Vorwahl sind Wiener Festnetz-Nummern.

Ständiges

Änderungen bitte uns bekanntzugeben! Telefonnummern ohne Vorwahl sind Wiener Festnetz-Nummern.

Ständiges

DEMOS

Jeden Donnerstag bis auf weiteres Aktionen gegen Schwarzblau. Wo, wann, was, wie: <https://wiederdonnerstag.at>

Critical Mass (aka Raddemo), <http://www.criticalmass.at/>; Wien jed. 3. Freitag im Monat – Treffpunkt 16:30 h am Schwarzenbergplatz. 17:00 Abfahrt. Graz jed. letzten Freitag im Monat – 16:30 h am Südtirolerplatz. Innsbruck jed. letzten Freitag im Monat – 18:00 h in der Maria-Theresien-Straße (Annasäule). Linz jed. letzten Freitag im Monat – 16:30 h am Hauptplatz, Abfahrt 17:00 h. Salzburg jed. letzten Freitag im Monat – 17:00 h im Kurpark/Kongresshaus. Wiener Neustadt mindestens 2x im Jahr. Ter-

Spenden fürs WUK — und Druck aufs Rathaus

Das WUK bangt um seine Zukunft. Denn die Elektrik im ehemaligen TGM in der Währingerstraße ist einfach nicht mehr zu retten. 850.000 Euro soll die Sanierung kosten — und das ist nur das Dringendste, weil behördliche Vorschriften das jetzt einfördern. Auf das WUK kommen in den nächsten Jahren noch weitere Sanierungserfordernisse zu. Zum Beispiel Barrierefreiheit. Das WUK bekommt zwar hohe Subventionen, aber davon — und von den Mitgliedsbeiträgen — kann man die Sanierung nicht decken. Daher will der Verein versuchen, per Spende an Bank Austria, AT87 1200 0100 2435 5355, BKAU-ATWW das Geld hereinzubekommen. Wer das unter <https://www.wuk.at/spenden/> tut, kann eine solche Spende (ein entsprechendes Einkommen vorausgesetzt) auch steuerlich absetzen.

Allerdings möchte der Verein des Werkstätten- und Kulturhauses noch etwas anderes — und zwar vom Rathaus. Weil man nämlich nicht einsieht, daß man die ganze Sanierung alleine stemmen soll, aber sich nicht sicher sein kann, ob das WUK nicht danach trotzdem geschlossen werden muß. Denn nach 38 Jahren Betrieb hat das WUK immer noch keinen ordentlichen Mietvertrag, sondern nur eine Bittleihe. So ein Prekariat ist zwar günstiger, gibt dem Vermieter, der Gemeinde Wien, aber die Möglichkeit, jederzeit ohne Begründung das Mietverhältnis zu kündigen. Was aber auch nicht geht ist ein Vertrag zu ortsüblicher Miete in Wien-Alsergrund. Also wird es auch notwendig sein, auf die rotgrüne Landesregierung Druck auszuüben, das WUK sowohl ökonomisch als auch rechtlich abzusichern.

Ein recht ausführliches Interview zur vertrackten Situation des WUK findet sich auf deren Homepage unter:

<https://www.wuk.at/magazin/2019/ich-moechte-das-wuk-fuer-die-naechsten-hundert-jahre-sichern/>

KPÖ: Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr.8

Polit. Bezirksini. PolDi-Politik Direkt am 1. oder 2. Mo im Mon, 19h h, Cafe Sperlhof, 1020 Große Sperlg. 41. <http://poldi.mond.at>, Nachfragen: 319 44 86 o. poldi.news@mond.at

SONSTIGES

LICRA - Internat. Liga gg. Rassismus & Antisem., NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, Rockhg.1/Cafe Hebenstreit

WILI-Wr. Lehr.In.Ini j. 1. Mi. 19:30 KIV, 1020 Odeong.1/Gr. Mohreng.

Wuk-Inforunde: j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganes; 1090 Währ. Str.59 RKL & Aktionskom. gg. Sozialabbau: Vorstadt-Zentrum, Gußhausstraße 14/3, 1040, So von 16-22h, Soli-Cafe Di 18h

Kostnixladen virtuell: www.geldlos.at - real: im vekk. 1050 Zentag.26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebda: WEGzehr & Kost-Nix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und voku

AUGE/UG Büro, Termine/Themen: <http://www.auge.or.at>, Mi., Ort: Belvedereg. 10/1, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong.1/Eingang Ecke Mohreng., 1020, kiv@kiv.at

VIRUS Di, 20h WUK-Umweltb., 1090 Währ.Str.59, Eisenstiege

Pankahytn, jeden Dienstag ab 20h Stammtisch. 1150 Johnstraße 45/Halle, www.pankahytn.isdrin.at

Bikekitchen ReparatBAR: Donnerstags Selbsthilfwerkstatt: 16-20h /Community: 20-24h, jd. 1.Fr im M. 16-20h Rad-Werkstatt nur für Frauen, Lesben und Transgender. 1150 Goldschlagstr.8. Gebrauchte Ersatzteile sind vorhanden.

Offenes Treffen des ehem. Speaker-scener gg Schwarzbunt j. 1. Do im M., 19 h Käuzchen, 1070 Gardeg./Neustiftg.

Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (UNDOK): ÖGB-Haus Catamaran 1. Stock,

1020 Johan Böhm Platz 1, U 2 Station Donaumarina

Die Academy von Amnesty International bietet div. Workshops und Seminare an, z.B. über Flucht, Menschenrechte, Islam, Antirassismus, Argumentationstraining u.a. Infos unter www.academy.amnesty.at, Tel. 78008

Treffen der Versöhnungsbund-Aktiv-Gruppe, Jour fixe letzt Mo im Monat, ab 17,30 im Seminarraum, 1080 Ledererg.23/3/27. <http://www.versoehnungsbund.at>

Basisgruppe Gesellschaftskritik Salzburg: Disk.abende jew. Di & Sa im Sub und im Infoladen. Infos und konkrete Termine geskrit.wordpress.com.

WEN DO - feministische Selbstverteidigungs-Kurse für Frauen und Mädchen im FMLZ, 1090, Währinger Str 59/St6, Kontakt 01/408 50 57, www.wendo-wien.at, e-mail: wendo.wien@gmx.at

Derzeitiges

#MUSIC4HUMANRIGHTS: Jede Woche, abwechselnd dienstags und mittwochs singen wir am Minoritenplatz vor dem Innenministerium

ab 16:30 für Solidarität, Humanität, Demokratie und Menschenrechte und gegen den aufkommenden Faschismus. Termine 2019: 8.1., 16.1., 22.1., 30.1., 5.2., 13.2., 19.2., 27.2., 5.3., 13.3., 19.3., 27.3. Weitere Infos gibts in der Facebook-Gruppe Music4HumanRights

Metro-Kinokulturhaus, Ausstellung: "DIE STADT OHNE jüden muslimen flüchtlinge ausländer", täglich von 15 bis 21 h. 1010 Johannesg.4, Dauer: bis 30.12.2018

Wien Museum, Ausstellung bis 3. Februar 2019: Die erkämpfte Republik - von der Monarchie zur Republik: die dramatische Zeit des Umbruchs 1918/19 im Spiegel historischer Fotodokumente. Z.B. Ein Jahr Republik - Aufmarsch der Arbeiterräte vor dem Parlament am 12. November 1919. 1010 Karlsplatz

Frauenstreiktreffen jeden 2. und 4. Montag im Monat - 19 Uhr - FZ-Bar: Nächste Termine: 24.Dez., 14.Jän., 28.Jän., 11.Feb., 25.Feb; Frauen, Lesben, Mädchen-Zentrum, Währinger Straße 59, 1090

Donnerstag, 20.12.

19h, Dokumentationsarchiv Des Österreichischen Widerstandes, Wipplinger Straße 6-8, 1010 Wien; Führung durch die Hauptausstellung des DÖW

EKH, 20h, Unheizbar.Antirepsolibeisl, 1100, Wielandg. 2-4

Freitag, 21.12.

EKH, 17h, SchachMatt im Infoladen, 1100, Wielandgasse 2-4

EKH, 19h, 1998-2018: 20 Jahre Bloodshed666 Records – Labelgeburtstagsparty, 1100, Wielandgasse 2-4

Samstag, 22.12.

EKH, 20h, Deserteurs- und Flüchtlingsberatung: Soli-Party, 1100 Wien, Wielandgasse 2-4

19 – 21h, Dokumentationsarchiv, Altes Rathaus, Wipplingerstraße 6 - 8 (Eingang

im Hof), 1010 Wien; Lesung und Lieder - Luis Stabauer und Reinhart Sellner

Donnerstag, 27.12.

EKH, 20h, Unheizbar.Antirepsolibeisl, 1100, Wielandgasse 2-4

Freitag, 29.12.

EKH, 20h, Diy Punk Beisl, 1100, Wielandgasse 2-4

Freitag, 4.1.2019

Amerlinghaus, 20h, Anarchistische Ästhetik? Gemeinsame Diskussion. Teil I, 1070 Wien, Stiftgasse 8

Montag, 7.1.

60. Jahrestag der Kubanischen Revolution, 19h, Österreichisch-Kubanische Gesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit der Botschaft der Republik Kuba in Österreich das neue Jahr begrüßen und des siegreichen Kampfes der kubanischen Revolutionäre gedenken. Seisgasse 1, 1040

Dienstag, 8.1.

Donaucity Kirche, 19h, Für Frieden und Abrüstung - jetzt erst recht!, Vortrag Alois Reisenbichler, Manfred Auer berichten vom "Friedensratschlag Kassel", 1220 Wien, Donau-City-Straße 2

Stadtsaal, 20h, Integrationshaus-Benefiz: Leo wird 60. Leo Lukas wird seinen 60. Geburtstag bei einer Veranstaltung im Stadtsaal feiern – aber als Zuschauer im Publikum. Auf der Bühne werden zu Ehren des Jubilars Kolleginnen und Kollegen seine Lieder und Texte interpretieren: Blöchl Robert, Fleischhacker Gerald, Gebrüder Moped, Gregory Roman, Gröbner Severin, Gunkl, Hader Josef, Hopf Pepi, Kofler Doris, Kofler Klaus, Krall Christoph, Lukas Teresa, Maurer Jörg, Pichler Simon, Puntigam Martin, Radeschnigs, Schreiner Clemens Maria, Sefat Homajon, S. Irene, Scheitz Verena, Wagner Berni, Widi Johannes, Willnauer Jörg Martin, Wunderdrack Christoph. Der Erlös des Abends geht zur Gänze an das Wiener Integrations-

haus. (1060 Wien Mariahilferstraße 81)

Mittwoch, 9.1.

19:00, Bruno-Kreisky-Forum, Armbrusterg. 15: Vortrag "Israel - The Nation State of the Jewish people and Non-Jewish minorities' status" mit Amir Khnifess, Head of the Center for Druze Studies. Info: https://www.kreisky-forum.org/cal/2029/2019_1/kalender.html

GRAZ, AMSEL Arbeitslosen-Treff, 17:00 19:00, Kosakeng. 9, 8020. Info: <http://vereinamsel.net>

GRAZ, AMSEL Arbeitslosen-Treff, 17:00 19:00, Kosakeng. 9, 8020. Info: <http://vereinamsel.net>

Donnerstag, 10.1.

15:00-19:00, Adorno und Löwenthal über Literatur und Gesellschaft, IWK, Institut für Wissenschaft und Kunst, Berggasse 17/1, 1090

19h, Depot, Breite Gasse 3, 1070 Wien; Wahlrecht für alle! Vortrag

19h; It's A Shoe - Propaganda and Truth. Critical Coverage: Reporting on Russia without Russophobia. (Podiumsdiskussion mit David Filipov, Anna Namtsova, Andrew Roth, Mod: Nina Khrushcheva; Anmeldung erforderlich: www.kreisky-forum.org), Bruno Kreisky Forum für Int. Dialog, Armbrustergasse 15, 1190.

Donnerstagsdemo, 18:00 Treffpunkt vor dem Parlament, 1010

GRAZ, Do-Demo, 18:00, Ort wird noch bekanntgegeben

Freitag, 11.1.

18h NEOLIBERALISMUS ADE?“ WIE NEO-NATIONALISTISCHE KRÄFTE IHRE ANTI-SOZIALE POLITIK TARNEN. Gemeinsame Veranstaltung der AK Wien und des Republikanischen Clubs: Diskussion mit: Alex DEMIROVIC, Carina ALTREITER und Joachim BECKER. Dabei stellen sie Fragen in den Kontext jahrelanger neoliberaler Politik. Wie sehen die Problemdiagnosen rechter Parteien aus? Wie können diese entzaubert werden? Welche Empfehlungen und Handlungsoptionen lassen sich daraus

für progressive Politik ableiten? Rockhgasse 1, 1010
10h, Parlament, Ausweichquartier Hofburg, Dachfoyer, Eingang Josefpfplatz): 5. Barbara Prammer-Symposium "Europa der Frauen. Europa den Frauen" (Anmeldung: veranstaltung@spoe.at)

Samstag, 12.1.

EKH, 20h, Hambacher Forst Soli, 1100 Wien, Wielandgasse 2-4

Sonntag, 13.1.

Café Anno, 20 h, Buchpräsentation, Lesung von Luis Stabauer aus dem Roman "Die Weißen" mit Liedern von und mit Kurt Winterstein, 1080, Lerchenfelderstr. 132

Montag, 14.1.

Amerlinghaus, 20h, Literatur, Musik & Kleinkunst, WILDE WORTE mit Simon Konttas, 1070 Wien, Stiftgasse 8

19:30, SALZBURG (Robert Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Struberg. 18/2): 123. JBZ-Montagsrunde: "Zukunft Gesund Altern: Rechtliche, soziale und technische Perspektiven" (Anmeldung: <https://jungk-bibliothek.org/mranmeldung/>)

Dienstag, 15.1.

17h, Von der Wirtschaftskrise zur Krise der Solidarität - Filmvorführung: Ich, Daniel Blake / anschl. Podiumsdiskussion mit Cecily Corti, Alban Knecht, Martin Schenk, Albert-Schweitzer-Haus, 1090

Mittwoch, 16.1.

19 Uhr, Politik der Differenzen. Ethnisierung, Rassismen und Antirassismus im weißen feministischen Aktivismus - Buchpräsentation und Diskussion mit Stefanie Mayer. Gusshausstraße 20/1A+B, 1040.

18h, Karl-Renner-Institut, Karl-Popper-Str. 8: Diskussion "Die 2-Klassen-Energie-wende" (Info: www.rennerinstitut.at/)

Donnerstag, 17.1.

17:30-20:30: Mehr als 150 Jahre - Die Sozialdemokrati-

sche Partei Österreichs; IWK, Institut für Wissenschaft und Kunst, Berggasse 17/1, 1090

19-21h, Demokratie in der Krise? Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien, Sensengasse 3a, 1090

18h, Diplomatische Akademie, Favoritenstr. 15d: Lecture "EU Foreign Policy In A New Era: The "INTERNAL-EXTERNAL Nexus" Revisited (Anmeldung: www.davienna.ac.at/en/Events/MoreInformation/Id/2195/EU-Foreign-Policy-in-a-New-Era-brThe-Internal-External-Nexus-Revisited)

Freitag, 18.1.

Amerlinghaus, 20h, Anarchistische Ästhetik? Gemeinsame Diskussion. Teil II, 1070 Wien, Stiftgasse 8

Montag, 21.1.

Amerlinghaus, 19h, Rechtshilfetreffen der Bettelobby Wien, BETTELN IST ERLAUBT, 1070 Wien, Stiftgasse 8

Dienstag, 22.1.

Amerlinghaus, 19h, Offener Abend "System Change, not Climate Change", 1070 Wien, Stiftgasse 8

13:30, Graben/ Ecke Kohlmarkt, 1010: Mahnwache "Öffnet Bethlehem - Weihnachten 2018" (Frauen in Schwarz Wien)

Mittwoch, 23.1.

19h: VON DER KUNST DES PROTESTIERENS REAKTIONEN AUF SCHWARZBLAU I. Doron RABINOVICI (Schriftsteller, Historiker) im Gespräch mit Allyson FIDDLER. Allyson FIDDLER spricht über ihr Buch The Art of Resistance: Cultural Protest against the Austrian Far Right in the Early Twenty-First Century (November 2018 bei Berghahn Books erschienen). Wie erklärt man die 'Wende 2000' einer englischsprachigen Leserschaft? Welche Beispiele der Demokultur oder der Widerstandsmusik dürften oder müssten in einem solchen Band besprochen wer-

den? Welche Romane oder Filme kann man als 'Protestwerke' beschreiben? Welche Dramen verdanken ihr Entstehen den Alarmglocken gegen Schwarzblau? Vor allem gilt es auch weiterzudenken und zu diskutieren, wie der Widerstand künstlerisch ausgedrückt wird und warum (oder ob!) das wichtig ist. Republikanischer Club, Rockhg.1, 1010

Freitag, 25.1.

EKH, 20h, DIY Punk Beisl, 1100 Wien, Wielandgasse 2-4

Samstag, 26.1.

EKH, 20h, musikarbeiterinnenkapelle, 1100 Wien, Wielandgasse 2-4

Dienstag, 29.1.

Linz, Interkulturellen Begegnungszentrum "arcobaleno", 16.30h, Versöhnungsbund: Treffen des Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus, 4020

Linz, Friedhofstraße 6

Donnerstag, 31.1.

Amerlinghaus, 18:30h, Veranstaltungsreihe von Permakultur Austria, Food for the City, 1070 Wien, Stiftgasse 8

Freitag, 19.2.

KOMintern-Schulungszklus: Ökonomische Grundzusammenhänge: 1) Grundbegriffe d. Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftswachstum und Verteilung. 18.30, Stollg.1, 1070

Donnerstag, 28.2.

Linz, AKOÖ-Jägermayrhof, 19 h, Buchpräsentation, Lesung von Luis Stabauer aus dem Roman "Die Weißen" mit Liedern von und mit Kurt Winterstein, Römerstraße 98

Seminare der Asylkoordination Österreich

Afghanistan im Überblick Freitag, 11. Jänner , 13.00 bis 18.00 Uhr Seminarbeitrag:86 Euro

Einführung Fremdenrecht, zweitägig, Donnerstag, 24. Jänner, 09.30 - 17.00 und Freitag, 25. Jänner, 09:00 bis 16:30h, Seminarbeitrag: 172 Euro

Judikaturseminar Afghanistan, Dienstag, 12. Februar, 09.30 – 17.00h Seminarbeitrag: 107 Euro

Subsidiärer Schutz - Zuerkennung, Aberkennung, Umstieg, Freitag, 15. Februar, 09.30 bis 17.00 Seminarbeitrag: 107 Euro

Gewaltschutz und Aufenthaltsrecht Mittwoch, 06. März, 09.00 – 17.00 Seminarbeitrag: 107 Euro

Bleiberecht als Option – Überblick und Judikatur, zweitägig, Donnerstag, 14. März, 15:00 – 18:00h Freitag, 15. März: 09:00 – 16:30h Seminarbeitrag: 150 Euro, Fördermöglichkeiten für SelbstzahlerInnen bitte bei uns erfragen

...

Akute Krisenintervention im interkulturellen Bereich, Freitag, 22.03.2019, 09.30 bis 17.00 Seminarbeitrag: 150 Euro

Raus aus dem Trott?! Ideen- und Projektwerkstatt. Workshop am Donnerstag, 28. März, 09.30 – 17.00 und Follow Up am Montag, 29.April, 17.30 – 19.00 Seminarbeitrag: 155 Euro

Flucht und Trauma – Grundlagen für die psychosoziale Begleitung, Donnerstag, 04. April, 09.30 – 17.00 Seminarbeitrag: 150 Euro, Fördermöglichkeiten für SelbstzahlerInnen bitte bei uns erfragen

Rechtsprechungsübersicht EuGH und EGMR – mit Fokus auf die Status- und RückführungsRL; Dienstag, 07.Mai,



Immerhin: Bei den deutschen Christdemokraten macht man kein Geheimnis daraus, wer die Partei so sponsert. Gut ist aber immer noch anders...

VORSICHT: kleingedrucktes

Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der unterzeichnenden Autoren und Autorinnen aus. Redaktionsmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen.

Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts Neues respektive mitteilenswertes enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung

wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entscheiden, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt. Sollte nach längerer Diskussion kein Konsens innerhalb der Redaktion zu erreichen sein, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Stimmberechtigte Mitglieder sind nur regelmäßige MitarbeiterInnen der Redaktion. Abgelehnte Manuskripte können in der Redaktion

eingesehen werden. Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei bfs-Mitgliedern ist die Abogebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisschen einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenticket steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und Herstellerin: Bewegung für Sozialismus (föj), Belvedereg. 10, 1040 Wien. Nachdruck unter Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erbeten. Reproduktionen im Internet bitte unter Angabe unserer Webadresse oder des Deeplinks sowie Benachrichtigung per Mail. DVR-Nummer: 0557 021.

postadresse: Lobenhauerng.35/2, 1170 Wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausenstraße 3, Kellerlokal, 1140 Wien. Telefon zu redaktionszeiten 0665 / 65 20 70 92, ansonsten 01 / 53 56 200 - mail akin.redaktion@gmx.at - <http://archivhomepage> <http://akin.mediaweb.at> - blog <https://akinmagazin.wordpress.com> - <https://www.facebook.com/akin.magazin> - twitter @akinmagazin - radio-podcast <https://cba.fro.at/series/akin>

Konto: bank austria, lautend auf: föj — Bewegung für Sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW